

[06.03.2010]

Sind unsere Schulen bald nicht mehr Herr im eigenen Haus

Schulen in der Hand privater Firmen?

Von Philippe Zotz und Piront Elisabeth

Unsere Jugend ist die Zukunft von morgen und sollte deshalb natürlich gut ausgebildet werden. Das ist der Grund, warum der Neubau und die Sanierung von Schulen zu den vorrangigen Zielen der Infrastrukturpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehört.



»Journalist für einen Tag«-Reporter Philippe Zotz im Gespräch mit Unterrichtsminister Oliver Paasch.

 Größeres Bild

Acht Schulen sollen im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft, auch PPP genannt, gebaut, saniert,

beziehungsweise modernisiert werden. Doch was genau verbirgt sich hinter der Abkürzung PPP?

Bei einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft übernimmt eine private Projektgesellschaft Planung, Bau, Finanzierung sowie Dienstleistungen für ein Gebäude. Im Gegenzug wird die Projektgesellschaft bezahlt für die Nutzung des Gebäudes und damit zusammenhängenden Dienstleistungen, also eine Zweckpartnerschaft über einen gewissen Zeitraum.

Leider hat sich in der Vergangenheit so manches Projekt als finanzieller Flop herausgestellt und war im Endeffekt für die öffentliche Hand teurer als eine Eigeninvestition. Aus genau diesem Grund möchte man das »klassische« System für das Vorhaben in der DG abändern. Der Unterrichts- und Beschäftigungsminister Oliver Paasch nahm sich freundlicherweise Zeit, auf unsere Fragen Rede und Antwort zu stehen.

Herr Minister Paasch, worin liegen die Unterschiede zum klassischen System? Wie können die Probleme vermieden werden, die uns aus gescheiterten Projekten bekannt sind?

Wir werden ein für unsere Bedürfnisse maßgeschneidertes System vorschlagen. Das bedeutet, dass wir unser PPP ausschließlich auf Schulbauten begrenzen. Andererseits hat man zum Beispiel Métros, Straßenbauten oder Brücken, also größere Projekte in öffentlich privater Partnerschaft umgesetzt. Ein weiterer Unterschied ist, dass wir im Gegensatz zu anderen nur ganz wenige Dienstleistungen privatisieren. Wir konzentrieren uns lediglich auf den Bau, und die mit dem Bau unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, also den groben Unterhalt.

Wir werden auch keine Bankbürgschaften übernehmen, um solche Probleme, wie sie aus Deutschland bekannt sind, zu vermeiden. Außerdem werden wir auch im Gegensatz zu anderen mir

bekanntem PPP das Eigentum nicht übertragen. Also bleiben wir Eigentümer der Schulgebäude, das war für uns wichtig weil das eine hoheitliche Aufgabe ist.

Welche Serviceleistungen werden übertragen?

Wir werden keine Serviceleistungen übertragen, höchstens die Raumpflege, das heißt, dass eine private Putzfirma eventuell die Schule reinigen könnte. Die Küche und die Verwaltung werden nicht übertragen. Sicher ist, dass der direkte Unterhalt der Gebäude, das heißt beispielsweise Reparaturarbeiten sowie Hausmeistertätigkeiten vom privaten Partner übernommen werden, weil das viel kostengünstiger wird.

Wie lange wird die DG das Projekt begleiten, über welche Zeit werden sich die Zahlungen erstrecken?

Das Verfahren ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber die Laufzeit soll 25 Jahre betragen.

Dabei wird sehr stark auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz geachtet, da es in einigen Schulen akute ernsthafte Sicherheitsprobleme sowie eine horrenden Energieverschwendung gibt.

Deshalb ist dieses Projekt eine Investition in die Zukunft. Die Alternative zum PPP wäre es, notdürftige Reparaturen vorzunehmen an Gebäuden, die wir sowieso in zwei bis fünf Jahren abreißen müssen. Das wäre eine Steuergeldverschwendung.